

R-07 Jusos Bezirk Hannover
Sport ist politisch

Beschluss: Sport ist politisch

Erst die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking, dann die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking und dann die Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022. Dass große Sportereignisse aller Art immer wieder in Ländern mit einer autoritären Regierung stattfinden, gehört mittlerweile zum Alltag im Sportgeschäft. So verbreitet sich der Eindruck, dass es den großen Sportverbänden egal ist, ob sie ihre Wettbewerbe in Ländern mit Menschenrechtsverletzungen durchführen. Doch die Debatte darüber, wie wir als Gesellschaft auf solche Sportereignisse reagieren sollen, entfacht immer wieder aufs Neue. Sollen wir die Wettbewerbe nicht im Fernsehen verfolgen? Müssen Sportler*innen ihre Teilnahme an den Wettbewerben verweigern? Soll die Politik eingreifen?

Beispielsweise ist die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen bei der Fußballweltmeisterschaft in Katar 2022 ein großes Thema. Den Arbeiter*innen wird bei Arbeitsausfall das Einkommen gestrichen, Urlaub und freie Tage werden ihnen vorenthalten und sie müssen mehr als 80 Stunden die Woche arbeiten. Doch als wäre das nicht schon genug, sind zur Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft in Katar bereits jetzt 15.000 Arbeitsmigrant*innen aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen und der schlechten Versorgung gestorben. All das sind keine Einzelfälle. Immer wieder dringen Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen bei großen Sportereignissen in Autokratien an die Öffentlichkeit.

Wir sind klar in unserer Haltung, dass Ausbeutung, Sklaverei und weitere Formen von Menschenrechtsverletzungen mit allen Mitteln verhindert werden müssen und dafür die Gesellschaft, die Politik und die Sportler*innen an einem Strang ziehen müssen. Denn Sportler*innen haben in unserer Gesellschaft eine Vorbildfunktion. Viele verschiedene Menschen schauen zu ihnen hoch und orientieren sich an ihren Handlungen und Aussagen. Damit erreichen sie auch nicht politisierte Menschen. Daher tragen sie eine Mitverantwortung dafür, wie wir mit den Wettbewerben in den Autokratien umgehen. Sie stehen zwar nicht in der Hauptverantwortung, allerdings dürfen sie sich nicht wegduckern, sondern müssen klare Haltung beziehen.

Wir fordern deshalb:

Dass alle Sportverbände auf Bundes- und internationaler Ebene, wie zum Beispiel das Internationale Olympische Komitee (IOC), FIFA oder das Internationale Paralympische Komitee (IPC), klare Haltung gegenüber Autokratien zeigen. Für die zukünftigen Auswahlprozesse soll durch unabhängige Expert*innen ein abgestufter Kriterienkatalog, der Aspekte wie Menschenrechtsverletzungen, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfasstheit bewertet. Auf dieser Basis sollen die Bewerbungsländer geprüft werden. Auf Grundlage dieser Kriterien müssen die Länder bei schwerwiegenden Verstößen, wie Angriffe auf Leib und Leben (Folter, Verschwindenlassen, Völkermord, ethnische Verfolgung etc.), aus dem Auswahlverfahren ausgeschlossen werden. Die bereits jetzt vergebenen Wettbewerbe in diesen Staaten sollen bedingungslos abgesagt werden.

Seriöse und unabhängige Berichterstattung muss von den Dachorganisationen bei den Veranstaltungen vor Ort uneingeschränkt gewährleistet werden. Sportler*innen sollen die Wettbewerbe in Autokratien boykottieren. Der Staat soll sie dabei unterstützen, wenn sie aufgrund der nicht Teilnahme, in finanzielle Not kommen. Dies soll durch Fordertopfe geschehen, die von den betroffenen Sportler*innen abgerufen werden können.

Solange Wettbewerbe noch in Autokratien stattfinden, sollen Politiker*innen diese konsequent boykottieren und so mit ihrer Abwesenheit verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen legitimiert werden.

Überweisen an

Bundestagsfraktion